

Haushaltsrede 2013

Marco Mantovanelli, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Bürgermeisterin, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Gäste, die Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN kann dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen.

Leitbild grüner Haushaltspolitik ist ein handlungsfähiger Staat, der seine Aufgaben aus Einnahmen finanziert und nicht aus Schulden.

Genau aus diesem Grund haben wir im Juni des vergangenen Jahres eine Sondersitzung des Finanzausschusses einberufen, um gemeinsam einen Eckwertebeschluss auszuarbeiten der eine solide Haushaltspolitik festschreiben soll und ein klares Regelwerk liefert, wie bei defizitären Haushalten zu verfahren ist.

Frau Lang, Sie haben sich mit viel Engagement dafür eingesetzt, dass dieser Eckwertebeschluss zustande kam. Dafür danken wir Ihnen. Dass Sie jetzt denjenigen, die sich an diesen Beschluss halten wollen Unredlichkeit vorwerfen, ist für mich nicht nachvollziehbar.

Wir haben von der Verwaltung erwartet, dass sie uns einen Haushalt vorlegt, der die Kriterien des Eckwertebeschlusses erfüllt, der zumindest alle erkennbaren Potentiale nutzt, die Ausgaben gering zu halten. Mit der Aussage der Kämmerin gleich bei der Einbringung des Haushalts, sie erwarte keine nennenswerten Ergebnisse bei der Reduzierung der Ausgaben, wurde dem ganzen Konsolidierungsprozess der Wind aus den Segeln genommen. Das Ergebnis kann nicht überraschen.

Nach dem letzten Stand weist der Haushalt ein Defizit von 4,2 Mio. Euro auf (ohne Steuererhöhungen 6,4 Mio.), wobei hier einige dicke Fragezeichen zu machen sind. Ob die Kreisumlage tatsächlich um 1,4 Mio. Euro geringer ausfällt als prognostiziert, da haben wir große Zweifel. Allein die Umsetzung des Betreuungsgelds erfordert fünf zusätzliche Stellen beim Kreis, ohne dass eine Gegenfinanzierung absehbar wäre.

Dass die Lage im kommenden Jahr nicht einfacher wird, dafür gibt es viele Hinweise. Die Kanzlerin warnt vor einem schwierigen Jahr für die deutsche Wirtschaft. Der Solidarpakt Stadtfinanzen wird voraussichtlich gerade den Kreis Gütersloh finanziell stark belasten. Die Schuldenbremse des Landes wird sich auch auf die Kommunen auswirken und die Einmaleffekte in den diesjährigen Gewerbesteuererträgen

werden sich kaum nächstes Jahr wiederholen. Deshalb gehört für uns zu einer vorausschauenden Finanzpolitik schon jetzt, sich auf die kommenden Herausforderungen einzustellen und nicht bis ins nächste Jahr damit zu warten. Denn wenn wir jetzt nichts tun, kann dies bedeuten, dass wir im kommenden Jahr Strukturen nicht mehr halten können, die wir erhalten wollen.

Die Plattform hat in den letzten Jahren ganz entscheidend zu einer Abflachung der Verschuldung beigetragen. Stiegen die Schulden von 1994 bis 2004 noch von 35 Mio. auf ca. 100 Mio. Euro, so ist seit 2004, seit der Gründung der Plattform, der Schuldenstand nahezu konstant geblieben.

Wir danken unseren Plattformpartnern für die gute Zusammenarbeit, die sich in der gemeinsamen Lösung vieler politischer Sachfragen gezeigt hat.

Mit Sorge haben wir es allerdings verfolgt, dass einige Entscheidungen, die den Haushalt unmittelbar oder mittelbar belasten, sei es die Einführung der leistungsorientierten Bezahlung für Beamte, die 30 Beförderungen insbesondere in der Verwaltungsspitze, die große Sanierungslösung bei der Stadthalle, der Sprungturm für das neue Hallenbad, die Ausweitung der Stellen bei der Feuerwehr, der Kunstrasenplatz in Spexard auch die Zustimmung der Union gefunden haben. Insbesondere erscheint es uns nicht schlüssig, wenn dann auch noch die vereinbarte Einnahmeverbesserung durch Gewerbe- und Grundsteuererhöhung gestrichen werden soll. Wer sich für einen überdurchschnittlichen Standard in der Infrastruktur ausspricht, muss dann auch die Einnahmen ermöglichen, die diesen Standard finanzieren sollen.

Ich glaube für uns alle, die wir politisch tätig sind gilt, wer versucht es allen Interessensgruppen recht zu machen und möglichst nirgendwo anzuecken wird leicht zum Getriebenen und verliert seine Linie und seine Handlungsfreiheit.

Ein Wort möchte ich auch an die Vertreter der Unternehmerverbände richten, die beim Thema Gewerbesteuererhöhung so schnell in Empörung verfallen.

Wer ist es denn, der ständig gut erschlossene Gewerbegebiete fordert? Wer ist es, der Autobahnzubringer und gut erhaltene Straßen für seinen Warenverkehr braucht? Wer ist es, der Skylobby und Theater für seine Empfänge und Preisverleihungen nutzt? Wer diese gute Infrastruktur für sich und seine Kunden haben will, muss auch bereit sein, sich an den Kosten angemessen zu beteiligen.

Wir brauchen die Steuererhöhungen jetzt, weil wir jetzt das Defizit haben und wer glaubt, im Wahljahr 2014 würde der Gegenwind bei Steuererhöhungen nachlassen, verhält sich zumindest politisch ungeschickt.

Auf einige politische Ereignisse des vergangenen Jahres möchte ich näher eingehen:

1. Die Modellschule konnte in Gütersloh nicht etabliert werden. So sehr wir dieses Projekt prinzipiell unterstützt haben, so haben wir unsere Bedenken gegen diesen Standort von Anfang an geäußert. Was wir nicht verstanden haben ist, wieso die Prognosen der Verwaltung über die Anmeldeabsichten so weit von der Wirklichkeit entfernt waren.

2. Die Rettung der Stadtbibliothek ist uns gelungen. Die Plattform hat Wort gehalten. Wir sind froh, dass hier ein überparteilicher Konsens zum Wohle dieser unverzichtbaren Einrichtung unserer Stadt möglich war. Auch die Schulbibliotheken bleiben uns erhalten. Das wollen wir auch in Zukunft. Zu hinterfragen ist aber weiterhin, ob dies in Form von städtisch finanzierten Bibliothekarsstellen erfolgen muss oder ob es auch andere Wege gibt, diese Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Hier bin ich auf die von Frau Winter angekündigte Analyse der Bertelsmann Stiftung gespannt, wie Schulbibliotheken in anderen Kommunen realisiert werden.

3. Der Ausbau der Kitas zur Realisierung des U3-Betreuungsanspruchs macht in Gütersloh gute Fortschritte. Wir danken der Verwaltung hier ausdrücklich, dass sie hier durch eine vorausschauende Planung, rechtzeitig die nötigen Schritte eingeleitet hat, um der Nachfrage gerecht zu werden.

4. Der Bürgerhaushalt ist in Gütersloh nicht auf die notwendige Resonanz gestoßen, insbesondere was die Teilnahme an der Abstimmung über die Vorschläge angeht. Dies müssen wir zur Kenntnis nehmen, auch wenn es weh tut. Das die Gründe in der spezifischen Ausgestaltung des Gütersloher Bürgerhaushalts zu suchen sind, scheint mir anhand ähnlicher Erfahrungen anderer Kommunen wenig plausibel. Es zeigt sich, dass es insgesamt für zu Wenige attraktiv ist, sich in die Haushaltsberatungen seiner Kommune einzubringen. Eine Fortführung dieses Versuchs ist aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Trotzdem wollen wir, dass Bürgerbeteiligung ein essentieller Bestandteil Gütersloher Politik bleibt und durch andere Instrumente gelebt wird.

5. Die lokale Energiewende muss weiter vorangetrieben werden. Wir brauchen neue Vorrangflächen für Windenergie und unterstützen eine zügige Änderung des FNP.

Mittelfristig sind hier insbesondere auf dem Flughafengelände große Potentiale. Das ehrgeizige Ziel des Kreises bis 2050 Energieautark zu sein, sollte auch für die Stadt Ansporn sein, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Es gab sicher auch Themen, die uns schwer an den Nerven gezerrt haben, sei es der Audit Familiengerechte Kommune, der nicht bis zum Ende durchgeplante Weggang unseres Kulturdezernenten sowie das unselige Gezerre mit Bielefeld wegen Porta. Ich wünsche mir, dass wir durch mehr miteinander als übereinander Reden einen Weg finden, das riesige Potenzial einer guten Zusammenarbeit zwischen Bielefeld und Gütersloh zu nutzen. Durch einen fortgesetzten Streit werden beide nur verlieren.

Ich wünsche mir auch, dass wir im Rat die Kraft finden, uns diesen Haushalt bis März noch einmal vorzunehmen und ihn besser zu machen, als er jetzt ist.

Unsere Ablehnung ist nicht als Blockade sondern als konstruktiver Handlungsauftrag an uns alle zu verstehen, weil wir sicher sind, dass wir mehr können, als schwierige Entscheidungen nur ins nächste Jahr zu schieben und 6,4 Mio. neue Schulden aufzutürmen. Wir wollen keinen Haushalt, der mit einer Zufallsmehrheit von einer Stimme bei Enthaltung der größten Ratsfraktion verabschiedet wird, sondern einen Haushalt, der durch seine Qualität eine breite Mehrheit im Rat überzeugt und somit legitimiert ist. Ich appelliere an Sie, dieses Ziel durch eine Ablehnung des jetzt eingebrachten Haushalts zu ermöglichen. Vielen Dank.